



Presse- Information

27.1.2006

SPD Kreisverband
Aschaffenburg-Land
Guido Noll, Kreisvorsitzender

Am Hang 1 · 63879 Weibersbrunn

Telefon: 06094-98 41 53
Fax: 06094-98 98 32
Mobil: 0170-2218427

Guido.Noll@t-online.de
www.spd-landkreisab.de

Zweigstellenpolitik oder eigenständiger Realschulstandort

Der dritte Realschulstandort ist für die SPD im Landkreis Aschaffenburg durchaus nicht vom Tisch. Eine Dependence, insofern stimmen die Mitglieder des Kreisvorstandes mit den vom Elternbeirat der Realschule Hösbach eingebrachten Bedenken überein, sei nicht die Lösung im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Auf die „geschätzten Schülerzahlen“ jedoch – aus welcher Quelle diese Schätzung stammt, geht aus dem Artikel des Main-Echo vom 25.01.06 nicht hervor – wollen sich weder Kreisvorsitzender Guido Noll (Weibersbrunn), noch Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräber (Alzenau) verlassen: „Bei diesen Prognosen ist in den letzten Jahren zu viel schief gegangen“ kritisierte Kreisrat und stellvertretender Kreisvorsitzender Wolfgang Jehn (Großostheim). Denn: Hatte die Schulleitung bei der Einführung der sechs-stufigen Realschule immer wieder versichert, dass kein zusätzlicher Raumbedarf entstehe werde, zeige die Realität das glatte Gegenteil: Inzwischen ist die Realschule Hösbach mit über 1700 Schülerinnen und Schülern die größte ihrer Art in Bayern – Tendenz steigend. Seit Einführung der R6 im Schuljahr 2001/2002 ist die Klassenzahl von 38 auf 59 Klassen angewachsen, um mehr als die Hälfte. Und im kommenden Schuljahr rechnet der SPD-Kreisvorstand mit einem Zuwachs von weiteren ca. 150 Schülerinnen und Schülern, legt man die Zahlen der letzten fünf Jahre zu Grunde. Zusammen mit dem angrenzenden Hanns-Seidel-Gymnasium strömen schon jetzt täglich mehr als 3200 Kinder und Jugendliche auf das Schulgelände – das entspricht einer kleinen Gemeinde. Mit allen Folgen für Anonymität und Vandalismus birgt eine solche Zusammenballung an Schülermassen ein hohes Aggressionspotential und Anonymität. Allein die Größe der Realschule ließe eine Teilung ohne Probleme zu, ohne dass Fächerkanon, Lehrerversorgung, Fachunterricht, Mittagsbetreuung etc. darunter leiden müssten.

Schon jetzt sei ihm bekannt, so Kreisvorstandsmitglied Stefan Filip (Haibach), dass Eltern ihre Sprösslinge nicht mehr an der Hösbacher Realschule anmelden, weil diese mit dem für jüngere Kinder unübersichtlichen Schulbetrieb nicht mehr zu Recht kämen. Überdies seien die Klassen mit durchschnittlich 30 Kindern hoch besetzt. An einen spürbaren Schülerrückgang mag deshalb stellvertretende Kreisvorsitzende Anita Peffgen-Dreikorn (Mainaschaff) nicht so recht glauben: Nicht allein die sinkende Geburtenrate sei ausschlaggebend für die Prognosen, vielmehr steige die Übertrittsquote kontinuierlich an. Und leider sei auch in dem harten Ausleseverfahren des bayerische Schulsystems damit zu rechnen, dass Kinder vom Gymnasium an die Realschule wechseln. Im Interesse der Kinder liege deshalb weder eine Ausgliederung, noch die Beibehaltung des Status quo.

Statt dem Gedanken der Ausgliederung von Klassen weiter zu folgen, sollte über eine völlig neue Form eines Schulstandortes nachgedacht werden: Denkbar sei ein Schulmodell, das eine gemeinsame Haupt- und Realschule unter einem Dach verbindet - für die Kreisvorstandsmitglieder ohnehin eine zukunftsorientierte Schulform. Diese Überlegung wird die SPD-Fraktion am kommenden Montag im Kreisausschuss einbringen.

Bei den Beratungen über die Schulsituation wurde auch Kritik am nach wie vor hohen Unterrichtsausfall an allen Schulen laut. Zwar brüste sich die bayerische Staatsregierung mit der Einstellung von bayernweit 200 Lehrern, jedoch sei inzwischen Allgemeingut, dass in den nächsten Jahren eine Pensionierungswelle ansteht. Aktuell fehlen bayernweit rund 2000 Lehrerstellen – Auswirkungen, die auch die Schulen am bayerischen Untermain treffen. Der SPD-Kreisvorstand Aschaffenburg-Land möchte sich ein Gesamtbild über ausgefallene Unterrichtsstunden im Landkreis Aschaffenburg verschaffen und bittet daher um Mithilfe von Eltern und Elternbeiräten. Diese werden in einem Brief, der in den nächsten Tagen zum Versand kommt, gebeten, ausgefallene Unterrichtsstunden über einen längeren Zeitraum hinweg zu sammeln. Die Daten sollen Aufschluss darüber geben, wie hoch die Ausfallquote von Schulstunden an sich ist, sowie die besonders häufig betroffenen Fächer erschließen. Mit dieser gemeinsamen Aktion, für die auch die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer als Unterstützerin gewonnen wurde, will sich der SPD-Kreisvorstand ein Bild über die örtliche Situation verschaffen. Ziel ist es, die katastrophale Fehleinschätzung des bayerischen Kultusministers bei der Lehrereinstellung zu dokumentieren.